

Rückkehr der Marschflugkörper

Außenpolitik Mit Sorge verfolgt die Bundesregierung die militärischen Drohungen aus Moskau und Washington. Die Amerikaner erwägen eine nukleare Aufrüstung in Europa. Droht ein neues Wettrüsten?

Von Florian Gathmann, Matthias Gebauer, Christine Hoffmann,
Gordon Repinski, Matthias Schepp, Christoph Schult, Klaus Wiegrefe

Wohl eine halbe Million Demonstranten drängen sich in der Innenstadt, die Polizei ist im Großeinsatz. Eine kilometerlange Menschenmenge wälzt sich durch die Straßen. „Frieden schaffen ohne Waffen“ steht auf den Plakaten und „Schwerter zu Pflugscharen“. Es ist die größte Kundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik, noch nie hat ein politisches Thema die Gemüter so bewegt wie die geplante Aufrüstung in Europa.

Noch ist es nicht wieder so weit. Mehr als drei Jahrzehnte liegen die großen Friedensdemos auf der Bonner Hofgartenwiese zurück. Doch es scheint möglich, dass sich ähnliche Szenen bald vor dem Kanzleramt in Berlin wiederholen. Denn die Amerikaner denken seit einiger Zeit wieder über eine nukleare Aufrüstung in Europa nach. Und in der vergangenen Woche hat ein rhetorisches Wettrüsten begonnen, das an die kältesten Zeiten des Kalten Krieges erinnert.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnte schon vor einer sich „beschleunigenden Eskalationsspirale der Worte und dann auch der Taten“. Er diagnostizierte „alte Reflexe des Kalten Krieges“.

Europa, so fürchtet man in Berlin, könnte zum Schauplatz einer neuen Ost-West-Konfrontation werden. Und Deutschland wieder zum Aufmarschgebiet. „Es kann sein, dass auch in Deutschland wieder mehr Material gelagert wird“, heißt es im Verteidigungsministerium. Washington plant, Panzer, Waffen und schweres Gerät für 5000 Soldaten in Deutschland und den östlichen Nato-Staaten zu stationieren. Der amerikanische Präsident Barack Obama will die Balten und Osteuropäer beruhigen, die sich seit der Ukraine Krise wieder vor russischer Aggression fürchten, und seine Kritiker im Kongress besänftigen.

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist das keine schöne Aussicht. Zwar scheut sie vor offener Kritik an den amerikanischen Verbündeten zurück. Doch gerade Merkel will eigentlich alles vermeiden, was den Konflikt mit Moskau anheizt. Eine neue Aufrüstungsdebatte wäre auch innenpolitisch kaum zu gewinnen. Die Kanzlerin müsste fürchten, als Marionette Amerikas dazustehen, die sich nicht nur widerstandslos abhören lässt, sondern auch noch zusieht, wie Washington ihren mühsam gepflegten Draht zu Putin beschädigt. Moskau sieht in den Plänen der Amerikaner einen weiteren Beleg dafür, dass Washington seine militärische Einflusszone in Europa erweitern will. Außenminister Sergej Lawrow ließ erklären, dass „Washington und seine Partner offensichtlich auf den endgültigen Bruch der Nato-Russland-Grundakte von 1997 zielen“. An der Grundakte will man in Berlin allerdings unbedingt festhalten. Sie schließt die Stationierung „substanzieller“ und „permanenten“ Nato-Truppen in den ehemaligen Ostblockstaaten grundsätzlich aus.

In deutschen Sicherheitskreisen wertet man das russische Säbelrasseln allerdings als Zeichen der Schwäche. Anders als im Kalten Krieg sind die Russen der Nato bei konventionellen Waffen unterlegen. Darauf will Moskau -ähnlich **wie** der Westen im Kalten Krieg - mit nuklearer Abschreckung reagieren.

Beim Bundesnachrichtendienst (BND) sieht man derzeit keine substantielle Veränderung der Bedrohung“ durch Russland, Die atomaren Drohungen Moskaus - Präsident Putin kündigte die Anschaffung von 40 Interkontinentalraketen an – bezeichnete BND-Vize Guido Müller in geheimer Sitzung vor ausgewählten Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses vielmehr als eine Art „Propagandashow“ Putins.

Die Modernisierungspläne, so Müller, seien bekannt. Spätestens seit einer Rede von Putin Ende 2014 galt das Upgrade beim Dienst als ausgemacht. Gleichwohl schätzen die Analysten **des** BND die Chancen auf einen Erfolg nicht hoch ein, rein technisch sei die Modernisierung von 40 Atomsprengköpfen in **so** kurzer Zeit kaum möglich, sagt der BND-Vize. Die Russlandkenner beim BND nennen das „passiv-aggressives Verhalten“. Putin kommt es dabei nur auf den Effekt beim Gegenüber an, nicht so sehr auf den Realitätsgehalt seiner Worte.

Für die Bundesregierung dürfte das Szenario einer neuen atomaren Aufrüstung ein Albtraum sein. Millionen Menschen gingen Anfang der Achtzigerjahre in der Bundesrepublik, aber auch in Italien und Holland gegen die sogenannte Nachrüstung auf die Straße, weil sie einen Atomkrieg in Europa fürchteten. Das westliche Bündnis hatte Moskau als Antwort auf sowjetische SS-20-Atomraketen ein Angebot unterbreitet: Man sei bereit, über die Abrüstung solcher Systeme zu verhandeln, aber wenn die sowjetische Seite kein Entgegenkommen zeige, würde der Westen seinerseits knapp 600 Atomraketen stationieren. Genauso kam **es**.

Für die Bundesregierung ist schon die Debatte über Mittelstreckenwaffen brisant. Ein Großteil der Deutschen will nicht etwa neue amerikanische Atomwaffen in Europa, sondern im Gegenteil am liebsten die letzten bei Büchel gelagerten amerikanischen B-61-Atombomben loswerden,

Gerade Sozialdemokraten erinnern sich an den Nato-Doppelbeschluss mit Grauen, Er kostete Kanzler Helmut Schmidt 1982 indirekt das Amt, führte die SPD an den Rand der Spaltung und trug maßgeblich zum Aufstieg der Grünen bei. Eine neue Nachrüstung würde die Partei vor eine Zerreißprobe stellen und zudem auch eine erneute Koalition mit den Grünen bis auf Weiteres ausschließen. Er sehe die Entwicklung mit „großer Sorge“, erklärt Rolf Mützenich, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion.

Ende der Siebzigerjahre waren die Rüstungspläne der Nato mit einem Dialogangebot verbunden. Auch heute betont der Westen die Notwendigkeit, mit Putin im Gespräch zu bleiben. Die Formate, die es dafür **bis** zum Beginn der Ukraine Krise gab, von G 8 bis zum Nato-Russland-Rat, liegen aber alle auf Eis. Der Grünen-Politiker Jürgen Trittin forderte deshalb die Bundesregierung auf, umgehend eine Initiative zu starten, um den Nato-Russland-Rat wiederzubeleben. „Wir erleben eine Dynamik, die schnell zu einem echten Wettüsten werden kann“, warnt der Exfraktionschef der Grünen. Es brauche Maßnahmen, um die Spirale „Wie du mir so ich dir“ zu durchbrechen. Dafür müsse der Nato-Russland-Rat „wieder zu einem Ort des Dialogs“ werden. Das Gebot der Stunde sei „Sprechen statt aufrüsten“.